



Landesverteidigungsakademie
Wien

KAMPF GEGEN DEN IS – MEHR ALS NUR BOMBEN

Jasmina Rupp und Walter Feichtinger

Die jüngsten Terroranschläge in Paris unterstreichen die Notwendigkeit einer noch engeren internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung dschihadistischer Terrororganisationen. Die personellen Zuwächse der Dschihadisten in den letzten Jahren, ihre Kontrolle über große Gebiete im Irak und Syrien, die Erschließung von Einkommensquellen und die Eroberung schwerer Waffen stellen die Staatengemeinschaft vor eine komplexe Herausforderung.

Ideologische Bekämpfung

Vermehrt verurteilen muslimische Theologen und Religionsführer weltweit ausdrücklich die Gewalttaten der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) und rufen dazu auf, die Deutungshoheit über den Islam nicht Extremisten und Gewalttätern zu überlassen.

In Großbritannien definierten Imame in einer Fatwa (Rechtsgutachten) den IS als „ketzerische und extremistische Organisation“, zu der es aus religiösen Gründen verboten sei beizutreten. Es sei die Pflicht sämtlicher Muslime, die „vergiftete Ideologie“ des IS abzulehnen. Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit, die mit 57 Staaten als kollektive Stimme der muslimischen Welt gilt, distanzierte den Islam von den Gräueltaten, die von militanten Gruppierungen, wie IS, im Namen der Religion begangen werden. Ähnlich äußerte sich der Vizerektor der Al-Azhar-Universität in Kairo, Abbas Abdullah Shuman, der als höchster Würdenträger im sunnitischen Islam gilt. Besonders Saudi Arabien, Jordanien und

andere arabische Staaten zeigen sich zunehmend besorgt angesichts der Entwicklungen in Syrien und im Irak, denn in den Reihen des IS kämpfen zahlreiche arabische Staatsbürger, die auch in ihren eigenen Heimatländern Angriffe durchführen können. Das Risiko von IS-Anschlägen hat sich seit der militärischen Beteiligung zahlreicher arabischer Staaten an den Luftschlägen erhöht.

Gesetzliche Maßnahmen – Regelung einzelner Staaten

Es gibt in arabischen Staaten wie Jordanien, Katar und Saudi Arabien durchaus Sympathien für die extreme Interpretation des Islams, wie sie der IS vertritt. Einigen Golfstaaten – oder einflussreichen Bürgern – wurde wiederholt vorgeworfen, dschihadistische Organisationen zu finanzieren. Hinzu kommt, dass diese Länder, allen voran Saudi Arabien, durch die Verbreitung einer fundamentalistischen Auslegung des Islams in zahlreichen muslimischen Staaten den Nährboden für

die gewaltbereite Ideologie des IS geschaffen haben. Gleichzeitig gilt Saudi Arabien als der größte „Investor“ in Anti-Terror Programme. Das Königreich finanziert Kampagnen zur Bekämpfung des Terrorismus im Libanon, Jemen, Irak, Ägypten, Pakistan, Afghanistan und Mauretanien. Als Reaktion auf die Ausrufung des Kalifates durch den IS im Sommer 2014 unterstützte das Königreich das UN Counter-Terrorism Center (UNCCT) mit 100 Mio. USD. Zusätzlich führte Saudi Arabien ein sehr strenges Finanz-Kontrollsystem zur Eindämmung der Finanzierung von terroristischen Netzwerken ein. Zudem versuchen Saudi Arabien, Jordanien und Libanon ein Überschwappen des „IS-Extremismus“ auf das eigene Staatsterritorium durch verstärkte Grenzkontrollen und Pufferzonen zu verhindern.

Der rasante Erfolg des IS im Irak und Syrien veranlasste auch Staaten, die bisher nicht von Terrorismus betroffen waren, Maßnahmen zur Eindämmung des Zulaufes von Dschihadisten zu setzen. Mit der UN Resolution 2178 (2014) verpflichtet sich die internationale Staatengemeinschaft, aktiv Schritte zu setzen, um der Bedrohung durch „Foreign Terrorist Fighters“ (FTF) zu begegnen. Erstmals werden FTFs als wesentlicher Bestandteil des gewalttätigen Extremismus angeführt.

Auf europäischer Ebene plant die EU-Kommission eine neue Anti-Terrorstrategie mit eigenem europäischen Passagierdatenabkommen und verstärkten Kontrollen bei der Einreise in den Schengen-Raum. Zudem soll ein stärkerer Fokus auf Cyberspace als Plattform für kriminelles Handeln gelegt werden, insbesondere die Anstiftung zu Terrorismus oder Hassverbrechen.

In Österreich setzen sich die Maßnahmen gegen Extremismus aus drei Bereichen zusammen: Prävention und Sensibilisierung, Beratung und interkultureller Dialog sowie Schärfung vorhandener Instrumente. Darunter fallen unter anderem das Verbot von IS-Symbolen, Änderungen im Grenzkontrollgesetz sowie Überlegungen zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Dschihadisten.

Direkte und indirekte Bekämpfung

Die von den USA im Sommer 2014 gebildete Koalition zur Bekämpfung des IS bekam seit Beginn der Operation zunehmend internationale Unterstützung. Derzeit sind 62 Staaten in der „Anti-IS-Koalition“ vertreten. Die Staaten können sich direkt militärisch, in Form von Luftschlägen, indirekt militärisch in Form von Waffenlieferungen und der Entsendung von Militärberatern und schließlich durch humanitäre Hilfe beteiligen.

Militärische Intervention

Nach dem Motto „Iraq First“ ist zuerst geplant, den Vormarsch des IS im Irak durch direkte Unterstützung des irakischen Militärs und der Kurden zu stoppen. Zweitens versucht man den IS im syrischen Hinterland zu schwächen. Angriffsziele sind neben Ölfeldern auch Kontrollposten, Trainingslager, Fahrzeuge, Militärlager sowie Kommandogebäude.

Neben den USA und GB ist die „arabische Allianz“ mit Jordanien, Bahrain, Qatar, Saudi Arabien, Marokko sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten wesentlich an den Luftschlägen in Syrien beteiligt. Staaten, die ausschließlich Angriffe auf irakischem Hoheitsgebiet fliegen, sind Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark und Australien. Der Großteil der Staaten, so auch Österreich, leistet humanitäre Hilfe.

Stärkung der Kurden

Seit Beginn der Luftschläge erweist sich die kurdische Regionalregierung in Erbil als wichtiger Alliierte der Anti-IS-Koalition. Sie stellen mit ihren Peschmerga die Kampfverbände am Boden dar. Zu ihrer Stärkung will sie Präsident Obama direkt mit Waffen und Ausbildung unterstützen und nicht über den Umweg der irakischen Zentralregierung.

Weitere Staaten, die den kurdischen Einheiten Waffen, Ausrüstung und Militärberatung bereitstellen wollen sind Albanien, Tschechien, Kanada, Kroatien, Italien, Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Iran zählte zum ersten Staat, der den Kurden Waffen

zum Kampf gegen die sunnitischen Milizen lieferte. Aufgrund der jahrzehntelangen, gegen Saddam Hussein gerichteten Kooperation der irakischen Kurden mit der Islamischen Republik hat Teheran ein unmittelbares Interesse, die kurdischen Kräfte zu stärken. Iran gehört aber, wie Russland, offiziell nicht der Anti-IS-Koalition an.

Deutschland hat bereits 10.000 Peschmerga mit Waffen im Wert von 70 Mio. Euro ausgerüstet, dazu zählen Sturmgewehre, Handgranaten und Panzerabwehrraketen. Ende 2014 konnten die Peschmerga auch erste Erfolge durch die Rückeroberung des Sinjar-Gebirges, das seit Monaten vom IS belagert wurde, erzielen.

(Wieder)Aufbau irakischer Sicherheitskräfte

Der Zeitbedarf zur Zerschlagung des IS wird vom US-Militär auf drei- bis vier Jahre geschätzt. Dazu sollen für den Anfang zwölf irakische Brigaden, darunter drei Peschmerga-Brigaden, ausgebildet werden. Gleichzeitig ist die Aufstellung neuer Nationalgarde-Brigaden in jeder der 18 irakischen Provinzen geplant. Diese Einheiten sollen den lokalen Gouverneuren unterstehen und mit Beginn der Gegenoffensive der irakischen Armee die Hauptverantwortung für die Sicherheit dieser Gebiete tragen. Dieser Aufbau soll von einer neuen US-Task Force in Kuwait gesteuert werden. Zusätzlich ist im Rahmen der Ausbildungsprogramme die Einrichtung amerikanischer Posten in Erbil, Anbar und in Taji, nördlich von Bagdad, geplant. Australien, Kanada, Norwegen, Italien, Spanien, Portugal und die Türkei haben sich bereit erklärt, Spezialkräfte für Ausbildungs- oder Beratungsmissionen zu stellen.

Aufbau syrischer Oppositionskräfte

Ein weiterer Teil der Anti-IS-Strategie ist die Identifizierung zuverlässiger gemäßigter Rebellengruppen in Syrien. Nach einem Überprüfungsprozess sollen diese Rebellen aus Syrien abgezogen und in Drittstaaten in der Region ausgebildet und ausgerüstet werden. Nach Angaben des Pentagon verhandeln die USA und die Türkei über ein Militärab-

kommen zur Ausbildung moderater syrischer Rebellen in der Türkei. Das Ziel ist, bis zu 15.000 Kämpfer (gemäß Einschätzungen benötigt man diese Zahl, um den IS in Syrien zu zerschlagen) im Laufe der kommenden drei Jahre auszubilden. Das Training der Oppositionskräfte wird vorerst von 400 US-Soldaten unterstützt und soll frühestens im März 2015 auf einer Militärbasis in Kirsehir, südöstlich von Ankara, starten. Ähnliche Ausbildungsprogramme soll es in Jordanien, Saudi-Arabien und Qatar geben. Die sogenannten moderaten Rebellen werden dem SNC (Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte) unterstehen, ein Gremium, das seit 2012 von den „Freunden Syriens“ (USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und verschiedenen Golfstaaten) als „legitime Vertretung des syrischen Volkes“ gilt.

Einschätzung der Erfolgsaussichten

Die von US Präsident Obama vorgestellte Strategie der Anti-IS-Koalition spricht von der Schwächung und Zerschlagung des IS, jedoch ohne den gewünschten Endzustand, die strategischen Ziele und die erforderlichen Mittel zu definieren. Die Strategie listet lediglich Militäraktionen, wie Luftangriffe im Irak und Syrien, militärische Unterstützung und die Ausbildung lokaler Streitkräfte auf. Wie vergangene Operationen zeigen, bergen derartige „ergebnisoffene“ Interventionen hohe Risiken. Die Antwort auf den Islamischen Staat erfordert die Formulierung einer klaren Strategie, die auch Vorstellungen zur Zukunft Syriens beinhaltet.

Im Irak konnte durch hunderte Luftschläge die Offensivkraft des IS stark reduziert werden, sodass die Dschihadisten derzeit nur lokale Angriffsoperationen durchführen können. Gezielte Luftangriffe auf IS-Stellungen verhinderten die Einnahme von Bagdad und Erbil und unterstützten die Rückeroberung des Mosul- und Haditha-Dammes. In Syrien wurde der erbitterte Kampf der PKK-nahen Kurden (YPG) um Kobane durch ca. 500 Luftschläge unterstützt und die Eroberung

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungs- akademie

Jänner 2015

durch den IS bislang verhindert. Wesentlich dabei war, dass der IS schwere Verluste erlitt und der „Glanz der Unbesiegbarkeit“ getrübt wurde. Auf syrischem Territorium besteht ein wesentliches Defizit darin, dass es außer den Kurden keine verbündeten Kämpfer gibt, die die Wirkung der Luftangriffe nützen könnten. Die verschiedenen Rebellengruppen sind den Koalitionsmitgliedern entweder ideologisch fremd oder derart schwach organisiert und ausgestattet, dass sie nicht in der Lage sind, Offensiven gegen den IS in absehbarer Zeit zu starten.

Die Erfolgsaussichten für die Ausbildung und Stärkung irakischer und kurdischer Sicherheitskräfte sowie ausgewählter syrischer Rebellen können nur schwer eingeschätzt werden. Im Irak sind 3000 US-Militärberater in mehreren Trainingslagern mit der Ausbildung irakischer und kurdischer Sicherheitskräfte beauftragt. Der Erfolg des vorliegenden Programms zur Zerschlagung des IS hängt letztlich auch davon ab, ob es Premierminister Al-Abadi gelingt, das Vertrauen der von seinem Vorgänger ignorierten sunnitischen Bevölkerung in ihren Staat wieder herzustellen. In Syrien wird es noch länger dauern, bis die Ausbildung moderater Rebellengruppen die erhofften Resultate bringt. Denn noch nimmt die Zahl der gemäßigten Rebellengruppen stetig ab, da verschiedene Brigaden zum IS oder zur Nusra-Front, dem Al-Qaida Ableger in Syrien, überlaufen – entweder um zu überleben oder um auf der Siegerseite zu stehen.

Erkenntnisse und Empfehlungen

- Aufgrund der expansiven Ideologie des Islamischen Staates ist die Terrormiliz in keine politische Lösung integrierbar. Eine militärische Zerschlagung des IS sowie eine nachhaltige politische Lösung für die gesamte Region ist erforderlich.
- Luftschläge allein ohne den Einsatz von Bodentruppen könnten sich als kontraproduktiv erweisen. Denn Angriffe auf Ölanlagen und andere Infrastruktureinrichtungen

werden vom IS geschickt propagandistisch genutzt, indem der lokalen sunnitischen Bevölkerung vermittelt wird, dass es sich um eine weitere amerikanische „Kampagne gegen den Islam“ handelt.

- Im Irak ist auf kurze Sicht neben der Eindämmung der IS-Offensive die Erhaltung der politischen Stabilität der Regierung bedeutend. Wenn die irakische Politik erneut ins Chaos driftet, könnte der IS eine ernsthafte Bedrohung für Bagdad darstellen.
- Eine nachhaltige Stabilisierung des Irak erfordert neben dem Aufbau der irakischen Sicherheitskräfte auch die politische Einbindung der sunnitisch-arabischen Stämme.
- Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgerufen, den Friedensprozess für Syrien wiederzubeleben und die Bemühungen des UN-Sondervermittlers zu unterstützen.
- Die internationale Staatengemeinschaft ist angehalten, insbesondere die Nachbarstaaten Libanon und Jordanien wirtschaftlich und humanitär zu unterstützen. Die ohnehin instabile politische und wirtschaftliche Situation im Libanon wird durch die Flüchtlingskrise weiter verschärft.
- Die militärische Zerschlagung des IS allein führt nicht zur endgültigen Vernichtung ihrer Ideologie. Daher sollte die nihilistische Natur des IS aufgezeigt und der IS ideologisch delegitimiert werden. Hier sind muslimische Staaten gefordert, die Gräueltaten, die im Namen der Religion begangen werden, immer wieder vom Islam zu distanzieren.
- Die EU sollte vor allem der Radikalisierung von EU-Bürgern entgegenwirken. Eine Kommunikationsstrategie, die in sozialen Medien und Online-Plattformen die IS-Propaganda – etwa durch die Einbindung geläuterter Syrienkämpfer – entlarvt, ist eine Option.